

Unfall auf einem Betriebsgelände, Haftungsfreistellung

§ 106 Abs. 3 SGB VII

1. Zur Haftungsfreistellung gemäß § 106 Abs. 3 SGB VII
2. Der Begriff der „gemeinsamen Betriebsstätte“ im Sinne von § 106 Abs. 3 Alt. 2 SGB VII erfasst über die Fälle der Arbeitsgemeinschaft hinaus nur solche betriebliche Aktivitäten von Versicherten mehrerer Unternehmen, die bewusst und gewollt bei einzelnen Maßnahmen ineinander greifen, miteinander verknüpft sind, sich ergänzen oder unterstützen.
3. Folglich setzt die Haftungsbeschränkung nach § 106 Abs. 3, 2. Alt. SGB VII deutlich mehr als ein bloßes Nebeneinander oder eine bloß zufällige Berührung der Arbeitsanteile zweier oder mehrerer Unternehmen und ihrer Beschäftigten voraus.

Saarländisches OLG, Urteil vom 17.2.2004 – 3 U 436/03

■ **Sachverhalt:** Der Senat hatte im Berufungsverfahren über das am 20.6.2003 verkündete Urteil des LG Saarbrücken (Az 14 O 248/02) in einem Schmerzensgeldprozess zu entscheiden. Die Erstberufung des Klägers und die Zweitberufung des Beklagten zu 1) wurden zurückgewiesen.

Im Januar 2001 kam es auf dem Betriebsgelände der früheren Beklagten zu 2), der Firma M. GmbH, zu einem Unfall, als der Beklagte zu 1), ein Mitarbeiter der Firma M. GmbH, beim Rückwärtsfahren mit einem Gabelstapler den Kläger erfasste und verletzte. Der Kläger war Mitarbeiter der Firma Z. & S. und von dieser beauftragt, mit einem Lkw der Firma Z. & S. bei der Beklagten zu 2) Material anzuliefern. Als der Kläger den Lkw in der Firma der Beklagte zu 2) abgestellt, die Schiebepläne geöffnet hatte und ins Büro gehen wollte, kam es zu dem streitgegenständlichen Unfall.

Das LG hat durch das am 20.6.2003 verkündete Urteil den Beklagten zu 1) unter Klageabweisung im Übrigen verurteilt, an den Kläger ein Schmerzensgeld in Höhe von 8000 € nebst Zinsen zu zahlen. Es hat einen Haftungsausschluss nach § 106 Abs. 3 SGB VII aufgrund einer gemeinsamen Betriebsstätte verneint.

Zwar habe der Beklagte zu 1) den vom Kläger gefahrenen Lkw entladen sollen. Im Zeitpunkt des Unfalles sei er jedoch noch mit anderen und nicht mit dem Abladevorgang in Verbindung stehenden Arbeiten beschäftigt gewesen, sodass die beiderseitigen Tätigkeiten beziehungslos nebeneinander gestanden hätten.

Der Beklagte zu 1) habe die Verletzungen des Klägers verschuldet, weil der beim Rückwärtsfahren nicht genügend aufmerksam gewesen sei.

Allerdings müsse sich der Kläger ein Mitverschulden von 1/5 anrechnen lassen, weil er auf das Rangieren des Staplers hätte achten müssen.

Unter Berücksichtigung der Verletzungsfolgen sei ein Schmerzensgeld von 8000 € angemessen.

■ **Entscheidung des Gerichts:** Der Senat hielt beide Berufungen für zulässig, jedoch in der Sache für unbegründet.

Obwohl die Vorschrift des § 106 Abs. 3 SGB VII erst seit wenigen Jahren in Kraft sei und nur für die nach dem 01.01.1997 eingetretenen Schadensfälle gelte, entspreche es bereits ge-

festigter höchstrichterlicher Rechtsprechung, dass der Begriff der „gemeinsamen Betriebsstätte“ im Sinne von § 106 Abs. 3 Alt. 2 SGB VII über die Fälle der Arbeitsgemeinschaft hinaus nur solche betriebliche Aktivitäten von Versicherten mehrerer Unternehmen erfasse, die bewusst und gewollt bei einzelnen Maßnahmen ineinander greifen, miteinander verknüpft, sich ergänzen oder unterstützen, wobei es ausreiche, dass die gegenseitige Verständigung stillschweigend durch bloßes Tun erfolge.¹ (Folglich setzte die Haftungsbeschränkung nach § 106 Abs. 3, 2. Alt. SGB VII deutlich mehr als ein bloßes Nebeneinander oder eine bloß zufällige Berührung der Arbeitsanteile zweier oder mehrerer Unternehmen und ihrer Beschäftigten voraus.

Der Senat führt aus, dass das LG bei der Anwendung dieser Beurteilungsmaßstäbe zutreffend zu dem Ergebnis gelangt sei, dass die Tätigkeiten des Klägers und des Beklagten zu 1) beziehungslos nebeneinander gestanden hätten, bzw. rein zufällig aufeinander getroffen seien. Der Senat hebt nochmals hervor, dass zur Geltendmachung eines möglichen Haftungsausschlusses nach § 106 Abs. 3 SGB VII die einschlägige Entscheidung des Bundesgerichtshofs² zu beachten sei. Entsprechender Vortrag aller Gesichtspunkte, die für ein „Ineinandergreifen“ der Tätigkeiten der Parteien sprechen würden, müssten genauestens vorgetragen werden.

Bedeutung für die Praxis: 1. Zu beachten ist, dass die Vorschrift des § 106 Abs.3 SGB VII erst für Schadensfälle gilt, die nach dem 01.01.1997 eingetreten sind.

2. Die Geltendmachung eines Haftungsausschlusses nach § 106 Abs. 3 SGB VII muss sich an den Kriterien orientieren, die der BGH hierzu aufgestellt hat.³ Entsprechender Vortrag der jeweiligen Partei zum „Ineinandergreifen“ der Tätigkeiten ist zwingend erforderlich. Unter Berücksichtigung der Beurteilungsmaßstäbe des BGH ist zu berücksichtigen, dass die Tätigkeiten nicht beziehungslos nebeneinander stehen dürfen, bzw. rein zufällig aufeinander treffen.

Rechtsanwalt Friedrich Schmidt, Bad Arolsen

¹ BGH, Urteil vom 17.10.2000, Az: VI ZR 67/00 = NJW 01, 443; BGH, Urteil vom 23.1.2001, Az: VI ZR 70/00 = VersR 01, 372, 373; BGH, Urteil vom 8.4.2003, Az: VI ZR 251/02 = VersR 03, 904; BGH, Urteil vom 24.6.2003, Az: VI ZR 434/01 = NJW 03, 2984.

² BGHZ 145, 331 = NJW 01, 443.

³ BGH NJW 01, 443.